

► Allgemeines

Zuwanderungsgesetz. Das neue Zuwanderungsgesetz sieht vor, dass zunächst alle Ausländerinnen und Ausländer, die seit Beginn des Jahres 2005 legal zugewandert sind, Deutsch lernen müssen. Das Gesetz bietet ihnen aber auch das Recht, an einem so genannten Integrationskurs teilzunehmen. Die Pflicht gilt für ausländische Mitbürgerinnen und -bürger mit schwachen Deutschkenntnissen. Wer den Kursus nicht belegt, hat damit zu rechnen, dass die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, auch Sozialleistungen können gekürzt werden. Die Integrationskurse sind der Kern dieses neuen Gesetzes. Die Teilnehmenden lernen außer der deutschen Sprache etwas über Recht, Geschichte und Kultur in Deutschland. Die Bundesregierung geht davon aus, dass es durch diese Maßnahme schneller und leichter wird, sich einzuleben und Arbeit zu finden.

Quelle: deFACTO, Mediendienst des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 05-März 2005

Teilzeitengel gesucht. Die Stiftung Gute-Tat.de sucht tatkräftige Berlinerinnen und Berliner, die sich für einige Stunden ehrenamtlich engagieren wollen. Unter dem Slogan

„Heute ein Engel“ werden Freiwillige in Kurzzeitprojekte sozialer Organisationen vermittelt. Oftmals reichen bereits wenige Stunden aus, um sinnvoll helfen zu können. Dabei stehen die unterschiedlichsten Tätigkeiten zur Auswahl. Von der Mitgestaltung bei einem Benefizkonzert bis zur Administratorentätigkeit sind die Aufgaben frei wählbar, wie eine Assistenz beim MitmachMuseum für Kinder oder Spaziergehen mit Senioren. Auf der Internetseite www.Gute-Tat.de kann man sich über die Projekte informieren. Die gemeinnützige und mildtätige Stiftung wurde Ende 2000 gegründet. Ihr Stiftungszweck ist es, hilfsbereiten Menschen durch das Internet einen Überblick über soziale Projekte und Organisationen sowie deren Bedarf an ehrenamtlichem Engagement, Sach- und finanziellen Mitteln zu geben. Kontakt: Gute-Tat.de, Alt-Moabit 92, 10559 Berlin, Tel.: 030/390 88-208, Fax: 030/390 88-199 E-Mail: info@Gute-Tat.de

Berlin gegen Gewalt. Adressen gegen Gewalt. Hrsg. Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2004, 87 S., kostenfrei *DZI-D-7089*

Obwohl viele Menschen überwiegend friedlich miteinander leben, zählen Gewalt auf der Straße, in der Schule, in der Familie, sexueller Mißbrauch oder Gewalt gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Frauen und behinderte Menschen zu den Realitäten Berlins. Diejenigen, die Formen von Gewalt erleiden, die Zeugen von Tötlichkeiten werden, die als Angehörige mitbetroffen sind, die sich in der Nachbarschaft, im Kreis von Kolleginnen und Kollegen oder in der Schulklasse engagieren wollen, finden in der

Optimale technische
Unterstützung für das
professionelle Fundraising
im Internet.

Die Bank für Wesentliches.

Bernd Bauer macht Sie fit für das Fundraising.

Telefon 0221.9 73 56-102 · b.bauer@sozialbank.de · www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Stadt ein dichtes Netz von Projekten, Beratungsstellen, kostenlosen Hilfe- und Betreuungsangeboten, die aufklären und informieren. In diesem Verzeichnis ist der aktuelle Stand der Präventionslandschaft Berlins aufgelistet, wie schulpsychologische Dienste, Kriseninterventionen, Präventionsbeauftragte der Berliner Polizei und vieles andere mehr. Bezugsanschrift: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin, Tel.: 030/90 26-52 53, Fax: 030/90 26-50 03
E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Archive des Deutschen Roten Kreuzes vereint. Die beiden Teile Deutschlands vereinigten sich 1990 nach über vierzigjähriger Trennung, die beiden deutschen Rotkreuzgesellschaften folgten 1991. Ihre Archive waren indes noch getrennt in Bonn und in Berlin-Lichtenberg untergebracht. Seit Ende 2004 ist dieser Zustand vorbei: 180 laufende Meter Akten und Bücher wurden in das Archiv des Generalsekretariats in Berlin überführt. Die Akten werden erschlossen und in den vorhandenen Bestand eingegliedert. Langfristig stehen die Unterlagen Wissenschaft und Forschung, den Medien sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. *Quelle: Rotes Kreuz 2.2005*

Sozialplan. Schließt ein Unternehmen mit einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin einen Aufhebungsvertrag, weil es mit der Arbeitsleistung nicht mehr zufrieden ist, so muss der oder die Betreffende nicht darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein Sozialplan vorgesehen ist, mit dem möglicherweise höhere Ansprüche durchgesetzt werden könnten (Bundesarbeitsgericht, 2 AZR 281/03). *Quelle: SoVD Zeitung, Sozialverband Deutschland 3.2005*

► Soziales

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und die Nationale Armutskonferenz (NAK) begrüßen diesen Bericht über die soziale Lage in Deutschland ausdrücklich. In einer gemeinsamen Stellungnahme arbeiten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die NAK positive sowie auch kritische Aspekte des Berichts heraus: „Die Bundesregierung legt die soziale Lage offen und schafft damit eine Grundlage für einen offenen Diskurs“ heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von BAGFW und NAK. Dennoch muss eine Vermischung innerhalb des Berichtes von Analyse und politischer Bewertung vermieden werden. Dies könnte am besten durch den Einsatz eines unabhängigen Sachverständigenrates gelingen. Weitere Analysen und Bewertungen sind über Dr. Rudolf Martens erhältlich, Der Paritätische, Tel: 030-/246 36-313

Deutsche Rentnerinnen und Rentner. Diese sind laut einer Umfrage des Axa-Ruhestandsbarometers zu 85 % glücklich. Sie betrachten die Phase nach dem Berufsleben als eine Zeit, in der sie „endlich das Leben genießen“ und über ihre Zeit frei verfügen können. Wer in den Ruhestand geht, sieht sich nicht als alt an. Erst ab einem Alter von 74 Jahren bezeichnen sich die Deutschen als alt. Als Kriterium dafür werden vor allem Krankheiten sowie der Verlust von Mobilität genannt. Die derzeit Erwerbstätigen blicken nach dieser Umfrage bezüglich ihres späteren Lebensstandards skeptisch in die Zukunft. 54 % von ihnen glauben, dass ihr

Lebensstandard im Alter niedriger sein wird. Damit sind die Deutschen im internationalen Vergleich am pessimistischsten, denn etwa in Spanien befürchten das nur 22 %. Für die Studie wurden 9 200 Personen in 15 Industrienationen befragt, in Deutschland 300 Erwerbstätige ab 25 Jahren sowie 300 Beziehende von Renten bis zu 75 Jahren. *Quelle: LVA Mitteilungen 2.2005*

Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter durch Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz. Verlag C. H. Beck. München 2005, 30 S., + Anhang, EUR 3,90 *DZI-D-7025* Jedem Menschen kann es passieren, dass durch Unfall, Krankheit oder Alter keine eigenen Entscheidungen mehr getroffen werden können. Daher sollte man durch einfache Vorsorge selbst festlegen, wer im Ernstfall für einen handeln soll. Diese Veröffentlichung informiert darüber, was für eine Vorsorge durch Vollmacht spricht und was geschehen kann, wenn keine erteilt wurde, warum eine Generalvollmacht allein nicht ausreicht, was eine Betreuungsverfügung ist, weshalb eine Patientenverfügung wichtig ist und vieles andere mehr. Dieser Wegweiser bietet bundesweit gültige, von Fachleuten erarbeitete Formulare zu den genannten Verfügungen. Es wurde die Rechtslage in Deutschland bis zum November 2004 berücksichtigt.

Private Überschuldung – vorbeugen und helfen. In Deutschland sind 8,1 % aller Privathaushalte überschuldet, das sind 3,13 Mio. Haushalte und damit rund 400 000 mehr als noch vor vier Jahren. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Peter Ruhenstroth-Bauer, wies auf die Bedeutung der Prävention gegen Überschuldung und der Schuldnerberatung hin: „Die Überschuldung privater Haushalte ist ein drängendes, aber oft unsichtbares Problem. Überschuldung führt nicht selten zu Armut und Ausgrenzung. Wer Schulden angehäuft hat, braucht Hilfe.“ Mit einem Konzept gegen Überschuldung will die Bundesregierung Betroffene aus dem Schuldenkreislauf holen und dagegen vorbeugen. Eine Schlüsselrolle bei der Hilfe aus der Schuldenspirale kommt den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen vor Ort zu. „Schuldnerberatungsstellen dürfen nicht abgebaut werden, es muss sie flächendeckend geben. Hier sind die Länder und Kommunen gefordert“, sagte Ruhenstroth-Bauer. In einigen Bundesländern beteiligen sich bereits die Sparkassen an der Finanzierung dieser Beratungsstellen. *Quelle: BMFSFJ Internetredaktion, Pressemitteilung 339/2005*

Wiedereingliederung von Strafgefangenen. Das MA-BIS-Projekt in Nordrhein-Westfalen geht in der Betreuung von Strafgefangenen neue Wege. Zum einen vermitteln die Mitarbeitenden den Betroffenen direkt von der Haft in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis, zum anderen betreuen sie ihre Klientel gerade in den ersten sechs Monaten nach Haftentlassung sehr intensiv, versuchen, deren Arbeitsverhältnisse zu stabilisieren oder ihnen neue zu vermitteln. Der Grund: Die Hälfte aller Gefangenen wird innerhalb dieser Zeitspanne rückfällig. Die Arbeit übernehmen sieben Nachsorgezentren, die untereinander vernetzt sind und gleichzeitig miteinander konkurrieren, denn jedes Zentrum hält unterschiedliche Angebotsstrukturen vor. Straffällige Jugendliche und Frauen bilden dabei den Schwerpunkt. Bisher konnte jeder zweite der am Programm

teilnehmenden Jugendlichen in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Informationen: www.mabis-net.de. *Quelle: Sozialcourage 1.2005*

► Gesundheit

Patientenrückgang. Auf Grund der Praxisgebühr gingen im Jahr 2004 weniger Menschen zu ihren Ärztinnen und Ärzten als im Jahr davor. Um knapp 9 % nahm die Zahl der Behandlungsfälle ab. Zu diesem Ergebnis kommt das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung. Nach seinen Erkenntnissen reduzierten sich die Fallzahlen bei Allgemeinärzten durchschnittlich um 6,7 %. Ähnlich sieht es bei den hausärztlichen Internisten und Kinderärzten aus. Einbußen im zweistelligen Bereich mussten zahlreiche Facharztgruppen hinnehmen, darunter die Augenärzte, Chirurgen, Frauen- und Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Orthopäden sowie Hautärzte. *Quelle: Medizin heute 3.2005*

Wie weiter nach dem Klinikaufenthalt? Sozialarbeit mit an Schizophrenie erkrankten Menschen. Von Karin Enzen und Friedrich Meyer. Edition Soziothek. Berlin 2004, 91 S. + Anhang, EUR 23,40 *DZI-D-7111*

Die Arbeit befasst sich mit der Frage, was die Sozialarbeit dazu beitragen kann, damit an Schizophrenie erkrankte Menschen während ihres Klinikaufenthaltes optimal auf die Entlassung vorbereitet werden. Anhand von vier problemzentriert geführten Interviews mit betroffenen Menschen sowie Erkenntnissen aus Literaturstudien werden Schlussfolgerungen zu den zentralen Themenbereichen Arbeit, Beschäftigung, Freizeit sowie Wohnen und soziale

Kontakte gezogen. Abschließend zeigt die Arbeit besondere Herausforderungen für die Sozialarbeit mit Menschen mit psychischer Erkrankung auf. Sie bietet damit eine Diskussionsgrundlage für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die im Gesundheitsbereich tätig sind. Bezugsadresse: Edition Soziothek, Abendstr. 30, CH-3018 Berlin, Tel.: 00 41/31/994 26 94, Fax: 00 41/31/994 26 95
E-Mail: mail@soziothek.ch

Palliativ-Versorgung. Hospizbewegung und palliative Versorgung müssen in Zukunft wirkungsvoller vernetzt werden – das ist die Kernaussage eines Gutachtens zur „Palliativ-Versorgung in Niedersachsen“, das in Hannover vorgestellt wurde. Gemeinsame Auftraggeber der zu diesem Thema bundesweit ersten Studie waren das Sozialministerium von Niedersachsen, die gesetzlichen Krankenkassen sowie die Kassenärztliche Vereinigung in Niedersachsen, erstellt wurde sie von Gutachtern der Medizinischen Hochschule Hannover. *Quelle: Newsletter Forum Sozialstation vom 15. März 2005*

Verweildauer in Krankenhäusern. Im Jahr 2003 wurden in Deutschland insgesamt 17,3 Mio. Behandlungsfälle erfasst, das sind rund 130 000 weniger als im Vorjahr. In den Jahren zuvor war diese Zahl kontinuierlich gestiegen. 2003 standen in 2 189 Krankenhäusern knapp 542 000 Betten bereit, also eine Bettendichte von 66 Betten je 10 000 Menschen. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Krankenhäuser um 1,4 % und die Zahl der Betten um 1 % zurück. Am 31.12.2003 waren 1 Mio. Personen in den Krankenhäu-

Stellenanzeige

sern beschäftigt. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit entsprach die Beschäftigtenzahl rund 841 000 Vollkräften (+ 0,9 %). Davon arbeiteten 114 000 Personen im ärztlichen Dienst (+ 1,2 %) und im nichtärztlichen Dienst waren es 727 000 Vollkräfte (+ 0,9 %). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 63/05*

► Jugend und Familie

Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit. Etwa 635 000 Jugendliche unter 25 Jahren sind in Deutschland derzeit arbeitslos. Darunter sind 218 000 junge Menschen, die jetzt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen wurden. Mit 12,7 % liegt die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor unter der Arbeitslosigkeit insgesamt (13,5 %). Genauer betrachtet zeigt sich: 42 % der arbeitslosen jungen Menschen hatten im Jahr 2003 keine abgeschlossene Berufsausbildung und damit besondere Schwierigkeiten in einem Arbeitsmarkt, in dem Fachleute gefragt sind. Jeder vierte arbeitslose Jugendliche ist seit mehr als sechs Monaten ohne Beschäftigung und gilt damit als langzeitarbeitslos. Jeder zehnte Schulabgänger beziehungsweise jede zehnte Schulabgängerin verlassen die Schule ohne Abschluss, ein Viertel der Jugendlichen bricht eine Berufsausbildung vorzeitig ab. Neben schlechtem Bildungsstand führen auch soziale und persönliche Probleme oder unzureichende Deutschkenntnisse zu längerfristiger Arbeitslosigkeit. *Quelle: Mitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom Februar 2005*

Potenziale erschließen – Familienatlas 2005. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2005, 32 S., kostenfrei *DZI-D-7113* Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor der Zukunft. Das ist das Ergebnis des Familienatlas 2005. Er liefert erstmals eine Bestandsaufnahme der Familienfreundlichkeit in Deutschland und zeigt auf, wie die Regionen ihren Standort familienpolitisch und wachstumsorientiert stärken können. Zudem liefert er weitere Impulse für die „Allianz für die Familie“, die die Bundesfamilienministerin, unterstützt von Kirchen und Familienverbänden, mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft gegründet hat. Bezug: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 88/80 80 800, Fax: 018 88/10 80 80 800 E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Reform des Berufsbildungsgesetzes. Die Reform verbessert die Perspektiven von Jugendlichen für ihre berufliche Ausbildung und die Bedingungen für eine Zusammenarbeit aller Partner in der dualen Ausbildung. Die Chancen für Betriebe und Auszubildende sollen deutlich und nachhaltig erhöht und der Weg für schulische Berufsausbildungen durch die Abschlussprüfungen der Kammern soll erleichtert werden. Ferner wird das Prüfungswesen neu geordnet. Ausbildungsabschnitte im Ausland sind vorgesehen und es werden neue Formen der Kooperation von Schule und Betrieb möglich. Dadurch werden Schülerinnen und Schüler schon früh an die Wirtschaft herangeführt und die Betriebe lernen ihre zukünftigen Auszubildenden kennen. *Quelle: IJAB Informationen 1.2005*

► Ausbildung und Beruf

Theorie und Praxis enger verzahnen. Eigene Weiterbil-

dungsangebote in Zusammenarbeit mit Hochschulen des Ballungsgebietes Rhein-Ruhr plant eine neu gegründete „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Sozialarbeit im Revier“. Darüber hinaus sollen Theorie und Praxis enger verzahnt werden, indem Erfahrungsaustausch zwischen Verbänden, Praktikerinnen und Praktikern der Sozialarbeit sowie Lehrenden ermöglicht werden soll. Direkte politische Kontakte ist zudem eines der Ziele der Gesellschaft. In der aktuellen Situation des akademischen Umbruchs an den Fachhochschulen sieht sich die Gesellschaft insbesondere gefordert. Weitere Informationen: Gesellschaft der Freunde und Förderer der Sozialarbeit im Revier, c/o Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Soziales, Emil-Figge-Str. 44, 44047 Dortmund, E-Mail: carl-joachim.heinrich@gmx.de. *Quelle: AWO Magazin 2.2005*

Empfehlungen des Berufsverbandes Hauswirtschaft zur Dienstleistungskonzeption Hauswirtschaft in Einrichtungen der stationären Altenhilfe. Hrsg. Berufsverband Hauswirtschaft. Selbstverlag. Weinstadt 2004, 36 S., EUR 14,- *DZI-D-6996*

Mit dieser Veröffentlichung fordert der Berufsverband Hauswirtschaft eine angemessene hauswirtschaftliche Versorgung und Betreuung als Kerngeschäft in Altenpflegeeinrichtungen – gerade in Zeiten leerer Kassen und begrenzter personeller Kapazitäten. In 15 Empfehlungen beziehungsweise Leitsätzen werden die Anforderungen formuliert, die nach heutigem Stand der Wissenschaft und Praxis an den hauswirtschaftlichen Dienstleistungsbereich in der stationären Altenhilfe zu stellen sind. Sie sind Grundlage für Einrichtungsträger und hauswirtschaftliche Führungskräfte, um eine einrichtungsbezogene Leistungskonzeption zu entwickeln beziehungsweise eine bereits bestehende Leistungskonzeption zu überprüfen. Kernpunkt der Empfehlungen ist, dass hauswirtschaftliche Dienstleistungen Bestandteil der Alltagsgestaltung in Pflegeeinrichtungen sind und eine unmittelbare Wirkung auf die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner haben. Bestellanschrift: Berufsverband Hauswirtschaft e.V., Waiblinger Str. 11/3, 71384 Weinstadt, Tel.: 071 51/427 70, Fax: 071 51/476 25 E-Mail: info@Berufsverband-Hauswirtschaft.de

Gute Chancen mit Master und Bachelor. Jedes zehnte deutsche Unternehmen beschäftigt mittlerweile Bachelor- oder Masterabsolventen einer hiesigen Hochschule. Selbst drei Viertel der Betriebe, in denen niemand einen dieser Abschlüsse vorweisen kann, würden Bewerbende mit einem solchen Hochschulabschluss einstellen. Dieses Ergebnis einer Umfrage des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft dürfte vor allem Studierende überraschen, die immer noch bezweifeln, dass sie mit dem kürzeren und praxisorientierten Studium bei den Personalchefs ankommen. In über 70 % der Firmen, die Bachelormitarbeitende beschäftigen, haben diese die gleichen Optionen auf eine Führungsposition wie Kolleginnen und Kollegen mit Diplom und Magister. Allerdings müssen sie sich zuvor länger im Unternehmen bewähren. *Quelle: praxis aktuell der AOK 1.2005*

Studienkredit. Studierende können ab dem Wintersemester 2005 zur Finanzierung ihres Studiums einen Kredit von der Förderbank KfW bekommen. Er ist unabhängig vom Einkommen oder Vermögen der Eltern und kann mit anderen

2.-3.6.2005 Berlin. Paritätischer Pflegekongress 2005: Gegen Stillstand in der Pflegepolitik. Anmeldung: Paritätische Akademie, Tucholskystr. 11, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 04 95-100, Fax: 030/28 04 95-29
E-Mail: paritaetische@akademie.org

22.-24.6.2005 Berlin. Veranstaltung: Verändertes Kinder- und Jugendhilferecht und seine Auswirkungen auf die Praxis. Die Umsetzung aktueller Gesetzesänderungen im SGB VIII. Anmeldung: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., AG Fachtage Jugendhilfe, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, Fax: 030/39 00 11 46
E-Mail: agfj@vfk.de

23.-24.6.2005 Darmstadt. Symposium: Zukunft des Managements. Forschungsergebnisse aus dem Management. Information: Ev. Fachhochschule Darmstadt, FB Aufbau- und Kontaktstudium, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel.: 061 51/87 98-18, E-Mail: voelker@efh-darmstadt.de

27.-28.6.2005 Bad Boll. Tagung: Straffälligenhilfe in Zeiten knapper Kassen. Fundraising, Haftvermeidung und weitere Chancen. Information: Ev. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Fax: 071 64/79 440, E-Mail: gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

30.6.-2.7.2005 München. 6. Interdisziplinärer Kongress für Suchtmedizin: Sucht! Information: mic-management information center GmbH, 86895 Landsberg, Tel.: 081 91/125-433, Fax: 081 91/125-404, E-Mail: info@m-i-c.de

5.-6.9.2005 Frankfurt am Main. Seminar: Kinder gezielt beobachten. Systematische, strukturierte und dokumentierte Beobachtung in der Kita. Information: Paritätisches Bildungswerk, Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@paritaet.org

11.-14.9.2005 Berlin. X. ISPCAN Europäische Regionalkonferenz über Kindesmisshandlung und -vernachlässigung: Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis: Folgen für die tägliche Arbeit im Kinderschutz. Information: DGG-KV e.V., Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/ 27 49 64 63, Fax: 030/27 49 64 62, E-Mail: euroconf2005@dggkv.de

12.-13.9.2005 Bonn. Symposium: Bildung als Motor des Sozialstaats. Information: Institut für interdisziplinäre und angewandte Diakoniewissenschaft an der Universität Bonn, Fliegerstr. 2, 45481 Mülheim an der Ruhr, Tel.: 02 08/48 43-111, Fax: 02 08/48 43-105
E-Mail: k.hildemann@uni-bonn.de

staatlichen Hilfen kombiniert werden. Die Studienkredite gibt es bundesweit mit einer maximalen Höhe von 650 Euro pro Monat. Das Programm soll es Studierenden aller Fächer ermöglichen, schnell und effizient zu studieren. Nach dem Studierendende müssen die Jungakademikerinnen und -akademiker den Kredit einkommensabhängig zurückzahlen. *Quelle: VER.DI Publik 3.2005*